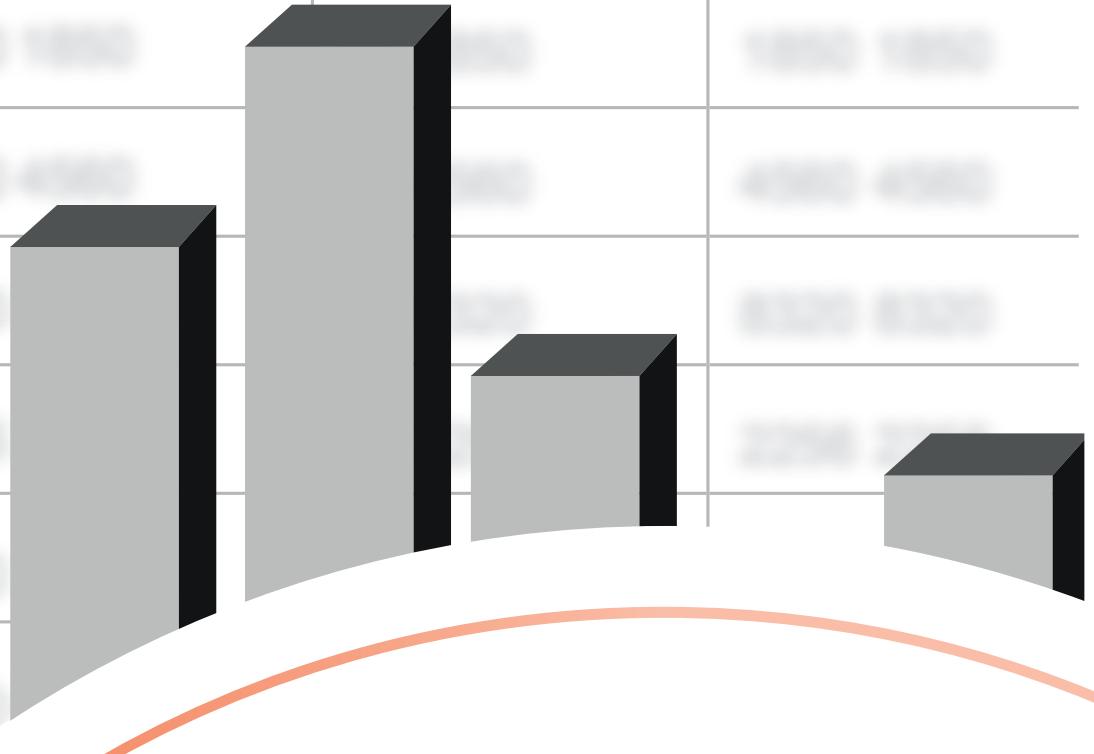


Für die Zukunft gesattelt.

Finanzstatusbericht zum 01.04.2025



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A) Einleitung	2
B) Kurzübersicht	2
C) Wesentliche Bereiche	4
Bereich des Hochbaus und Liegenschaften	4
Leitstellenumlage	4
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	4
Schulbereich	4
Amt für Soziales	4
Amt für Jugend und Bildung, Budget: Kinder, Jugendliche und Familien	5
Gesundheitsamt	6
Aufgabenbereich Jobcenter (Amt 56)	6
Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU)	8
Bereich der Kämmerei	8
Glasfaserausbau	8
Amt für Planung und Naturschutz	8
D) Ermächtigungsübertragungen	8
E) Vermögensanlagen	9
F) Liquiditätsslage	10
G) Bewertung des Zwischenberichtes	11
H) Gesamtergebnisplan	12

Finanzstatusbericht zum 01.04.2025

A) Einleitung

Dieser Finanzstatusbericht basiert auf dem Stand der Finanzbuchhaltung am 01.04.2025. Er enthält die Prognosen der budgetbewirtschaftenden Amtsleitungen auf den 31.12.2025 und führt diese zu einer Gesamtprognose auf den Jahresabschluss 2025 zusammen.

Der Bericht soll dazu dienen, Verwaltungsleitung und Kreistag über den Stand der Haushaltswirtschaft im laufenden Haushaltsjahr zu informieren. Er soll die Haushaltsteuerung unterstützen und dem Kämmerer Entscheidungen über Steuerungsmaßnahmen erleichtern.

B) Kurzübersicht

Der vom Kreistag am 13.12.2024 beschlossene Kreishaushalt 2025 sieht zur finanziellen Entlastung der Städte und Gemeinden im Gesamtergebnisplan einen Jahresfehlbetrag nach Abzug eines globalen Minderaufwandes (2,0 Mio. €) i. H. v. rd. 19,577 Mio. € vor, welcher gemäß der Haushaltssatzung 2025 vollständig aus der Ausgleichsrücklage gedeckt werden soll. Die Annahme über die Höhe der Ausgleichsrücklage erfolgte unter Berücksichtigung des Jahresabschlusses 2023 und der Prognose des Jahresabschlusses 2024.

Die erste Hochrechnung in diesem Jahr prognostiziert eine **Abweichung des geplanten Jahresergebnisses i. H. v. rd. 48 T€. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass dieses zusätzliche Defizit zum 31.12.2025 kompensiert wird.** Insofern sieht die Prognose aktuell einen planmäßigen Verlauf des Haushaltsergebnisses 2025 vor. Zusätzlich zum prognostizierten Ergebnis ist der Globale Minderaufwand i. H. v. 2 Mio. € einzusparen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann eine Einsparung in dieser Größenordnung noch nicht dargestellt werden und ist im weiteren Verlauf des Jahres im Rahmen einer sparsamen Haushaltswirtschaft zu realisieren. Hierzu werden bereits durch die Kämmerei Gespräche mit den Fachämtern hinsichtlich möglicher Konsolidierungspotentiale geführt.

In diesem Bericht werden die wesentlichen Abweichungen, die zum 01.04.2025 bekannt waren, dargestellt. Einen großen Unsicherheitsfaktor stellt weiterhin die unkalkulierbare Fluchtbewegung aus der **Ukraine** dar. Im Jahr 2024 hat der Kreis Warendorf auf der Grundlage des Gesetzes zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegerichtes und zur Unterstützung der Kreise bei der Flüchtlingsbetreuung (FlüAG-Änderungs- und Kreisunterstützungsgesetz) 500 T€ an Mitteln erhalten. Im Jahr 2025 ist diese jährliche zweckgebundene Pauschale in Höhe von 500 T€ im Haushalt des Kreises Warendorf veranschlagt (laut §1 Gesetz zur Unterstützung der Kreise bei der Flüchtlingsbetreuung). Mit weiteren Fördermitteln zur Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ist derzeit nicht zu rechnen. Anzumerken ist hier, dass es eine einhellige Rückmeldung aus den Kreisen gibt, dass die Summe von 500 T€ pro Kreis nicht annähernd ausreichend ist, die entstehenden Kosten insbesondere bei der Versorgung von Flüchtlingen zu decken. Die weitere Entwicklung des Angriffs auf die Ukraine wird die Flüchtlingszahlen und die Integration in Arbeit und die Unterstützungskosten beeinflussen. Auch die Zuwanderung aus anderen Ländern belastet die kommunalen Haushalte; die Kosten sind hoch, aber schwer zu prognostizieren.

Übersicht über die wesentlichen Veränderungen im Haushalt 2025

Die folgende Übersicht listet die Bereiche mit wesentlichen Veränderungen auf. Eine dezidiertere Auflistung sowie die Gründe wesentlicher Abweichungen erfolgen sodann unter Punkt C.

Bereich	Ver- besserung in T€	Ver- schlechterung in T€
Bereich des Hochbaus und Liegenschaften		134
Leitstellenumlage	227	
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	100	
Bereich der Schulen - gesamt -		99
Bereich des Sozialamtes - gesamt -		385
Bereich des Jugendamtes - gesamt -		123
Gesundheitsamt	413	
Bereich des Jobcenters - gesamt -		84
Bundesbeteiligung der KdU		412
Bereich der Kämmerei		15
Glasfaserausbau	253	
Amt für Planung und Naturschutz	206	
weitere Veränderungen in verschiedenen Bereichen	6	
Summe	1.204	1.252
Veränderung insgesamt	-48 <i>(voraussichtlich ausgleichbar)</i>	
geplantes Jahresergebnis 2025	-21.577.036,00 €	
Prognose neues Jahresergebnis 2025	-21.625.715,84 €	
noch einzusparender Globaler Minderaufwand	2.000.000,00 €	
geplantes Jahresergebnis nach Abzug Globaler Minderaufwand	-19.577.036,00 €	

C) Wesentliche Bereiche

Bereich des Hochbaus u. Liegenschaften – Amt 23 (Etatbelastung rd. 134 T€)

Aufgrund von Mehrausgaben in dem Bereich Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen zeichnet sich aktuell ein Defizit im konsumtiven Bereich ab.

Im Rahmen der weiteren Haushaltsbewirtschaftung werden die durchzuführenden Maßnahmen hinsichtlich der Notwendigkeit überprüft, um die derzeitige zusätzliche Etatbelastung zu reduzieren.

Leitstellenumlage – Amt 32 (Etatentlastung rd. 227 T €)

Aufgrund der Nachkalkulation der Leitstellenumlage 2024 wird ein Mehrertrag i. H. v. 227 T€ prognostiziert.

Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt – Amt 39 (Etatentlastung rd. 100 T €)

Es wird ein Minderaufwand i. H. v. 100 T€ im Produkt 020720 Tierkörperbeseitigung erwartet. Nach Vorlage der 1. Jahresrechnung wurden die quartalsweisen Abschlagszahlungen gesenkt.

Schulbereich, ehemals Amt 40 (Etatbelastung rd. 99 T €)

Im Bereich Schulen wird zum Stichtag 01.04.2025 davon ausgegangen, dass eine Ergebnisverschlechterung von rd. 99 T € zu erwarten ist.

Hauptursächlich für die Verschlechterung ist das Produkt 030250 Kommunales Integrationszentrum i. H. v. 69 T€. Für das Case Management wird es zu Mindererträgen in Höhe von rd. 80 T€ aufgrund geringerer Personalstellen (9,37 anstatt 10,78) kommen. Das bedeutet gleichzeitig eine Reduzierung von Personalaufwendungen in gleicher Höhe, die sich positiv auf das Personalbudget auswirken.

Zusätzlich werden Verschlechterungen im Produkt 040120 Museen i. H. v. 13 T € erwartet sowie eine Abweichung im Bereich des Produktes 030240 Schulaufsicht i. H. v. 18 T€ für eine Nachforderung aus 2024 (Verwaltungskosten Beihilfeabrechnung Lehrer).

Amt für Soziales, Amt 50 (Etatbelastung rd. 385 T€)

Die Hochrechnung zum Stichtag 01.04.2025 geht davon aus, dass für den Bereich des Sozialamtes insgesamt eine Ergebnisverschlechterung von rd. 385 T€ zu erwarten ist.

Produkt 050110 Hilfe zum Lebensunterhalt

Es wird aufgrund steigender Fallzahlen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit Mehraufwand i. H. v. 444 T€ gerechnet.

Produkt 050310 Eingliederungshilfe (Bildung und soziale Teilhabe)

Aufgrund von erhöhten Autismusfällen und der damit steigenden Fallzahlen sowie der Anpassung einer vertraglichen Verpflichtung mit den Caritas-Förderschulen ergeben sich Mehraufwendungen i. H. v. rd. 40 T€. Zudem ist die Inklusionspauschale

für das Schuljahr 2024/2025 geringer ausgefallen als bei den Planungen angenommen. Dies führt zu Mindererträgen von rd. 5 T€.

Produkt 050425 Frauenhäuser

Die Verträge zur Anpassung der Tagessätze wurden Ende 2024/ Anfang 2025 unterzeichnet, so dass die Kosten ab Januar 2025 rückwirkend gegenüber den zuständigen Trägern ab dem 3. Quartal 2023 gelten gemacht werden können. Dies führt bei den Kostenerstattungen zu einem Mehrertrag i. H. v. 105 T €.

Produkt 050440 Pflege

Die Entwicklung in der Pflege bleibt weiterhin dynamisch. In den vergangenen Jahren sind die Pflegesätze enorm angestiegen, sodass ein höheres Jahresergebnis für 2025 nicht ausgeschlossen werden kann. Belastbare Zahlen liegen aktuell nicht vor, das Sozialamt beobachtet die weitere Entwicklung aufmerksam.

Amt für Jugend und Bildung, Budget: Kinder, Jugendliche und Familien, Amt 51 (Jugendamtsumlage, Etatbelastung rd. 123 T€)

Die Hochrechnung zum Stichtag 01.04.2025 geht davon aus, dass für den Bereich des Amtes für Jugend und Bildung insgesamt eine Ergebnisverschlechterung von rd. 123 T€ zu erwarten ist.

Produkt 050910 Unterhaltsvorschuss

Es werden 50 T€ Mindererträge aus der Heranziehung der Unterhaltsverpflichteten prognostiziert.

Produkt 060220 Flexible erzieherische Hilfen

Das Produkt 060220 verbessert sich insgesamt um rd. 22,8 T€. Hauptursächlich für die Verbesserung sind die aktuell etwas geringeren Fallzahlen im Bereich der Erziehungsbeistandschaften. Hinzu kommen weitere kleinere Veränderungen in den anderen Positionen des Produktes.

Produkt 060310 „Eingl.hilfe seel. Behindter Kinder/Jugendliche“

Im Bereich der ambulanten Hilfe wird aufgrund höherer Fallzahlen und der Um- schichtung der Zusatzhilfen bei Pflegekindern (Schulbegleitung) zur Eingliederungshilfe ein Mehraufwand von rd. 230 T€ prognostiziert. Im Bereich der stationären Hilfe wird bedingt durch die aktuell sinkende Fallzahl von einem Mindereraufwand von rd. 98 T€ ausgegangen. Insgesamt ergibt sich für dieses Produkt eine prognostizierte Verschlechterung von rd. 132 T€.

Produkt 060410 „Außfamililiäre Hilfsformen“

Im Bereich der Vollzeitpflege ist aktuell mit rd. 95 T€ Mehraufwand zu rechnen. Hauptursächlich dafür sind steigende Kosten.

Zusätzlich führen steigende Fallzahlen und Kostensteigerungen im Bereich der Heimunterbringungen für Minderjährige zu Mehraufwendungen von rd. 47,5 T€.

Die Fallzahlen und Kosten im Bereich der unbegleiteten Minderjährigen (umA) steigen ebenfalls an. Die Planzahl für das Jahr 2025 lag bei 90 unbegleiteten Minderjährigen, die aktuelle Fallzahl für das Jahr 2025 beträgt bereits 97. Dadurch entstehen voraussichtlich rd. 490 T€ Mehraufwendungen, die komplett durch den LWL erstattet werden (Mehrertrag i. H. v. 490 T€). Durch die steigende Fallzahl an unbegleiteten Minderjährigen erhöht sich auch die Verwaltungskostenpauschale

(4.547 € je umA) für diese Personengruppe. Es werden dafür Mehrerträge von rd. 32 T€ erwartet.

Hinzu kommen weitere kleinere Verbesserungen i. H. v. insgesamt rd. 40 T€ in den anderen Positionen des Produktes, so dass dieses Produkt insgesamt mit einer Verschlechterung von rd. 71 T€ abschließen wird.

Produkt 060510 Kinder in Tageseinrichtungen, Tagespflege und Spielgruppen

Das Produkt verbessert sich um rd. 118 T€.

Unter anderem wird ein Minderertrag i. H. v. 1,46 Mio. € und ein Minderaufwand i. H. v. 2,161 Mio. € laut Kindergartenbedarfsplanung prognostiziert. Im Vergleich zur Planung werden zum neunen Kindergartenjahr weniger Betreuungsplätze benötigt. Dies führt zu geringeren Landeszuwendungen und geringeren Betriebskostenzuschüssen. Die Verbesserungen werden unter anderem durch Nachmeldungen von Kindern mit Behinderungen aufgezehrt.

Die Produkte 060110 (Jugendförderung), 060130 (Soziale Prävention), 060210 (Beratung) und 060230 (Mitwirkung gerichtlicher Verfahren) führen insgesamt zu einer weiteren Verschlechterung i. H. v. rd. 11 T€.

Gesundheitsamt – Amt 53 (Etatentlastung rd. 413 T €)

Es werden Mehrerträge i. H. v. 413 T€ im Produkt 050810 Betreuung für Erwachsene erwartet. Für 2025 wurde kein Ansatz eingeplant. Es handelt sich hierbei um die Betreuungsrecht-Belastungsausgleichsverordnung (BtR-BelAVO) für die Jahre 2023 – 2025. Seit dem 01. Januar 2023 fallen die Aufgaben des Betreuungsorganisationsgesetzes in den Bereich der großen kreisangehörigen Städte, kreisfreien Städten und Kreise als örtliche Betreuungsbehörde. Für die Belastungen, die sich aus diesen Aufgabenübertragungen ergeben haben, wurde rückwirkend ein finanzieller Ausgleich nach § 1 Absatz 1 BtR-BelAVO gewährt.

Aufgabenbereich Jobcenter, Amt 56 - Produkt 050210 und Produkt 050220 (Etatbelastung rd. 84 T€)

Produkt 050210 „Grundsicherung für Arbeitssuchende“

Im Produkt 050210 ergibt sich gemäß den Budgetregeln zum Stichtag 01.04.2025 im Vergleich zum Haushaltsansatz eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 84 T €.

Den Großteil der Produktverschlechterung machen erhöhte Aufwendungen im Bereich der Bildung und Teilhabe i. H. v. 717 T€ aus; demgegenüber stehen insgesamt Minderaufwendungen bei den Kosten der Unterkunft und Heizung i. H. v. rd. 633 T€.

In der Haushaltsplanung für 2025 wurde von der Fortführung der Entwicklung in 2024 ausgegangen (+ 300 BG im Vergleich zu 2023) und die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) mit 8.400 im Jahresdurchschnitt prognostiziert.

Die Fortentwicklung des vergangenen Jahres in Bezug auf einen Anstieg von BG ist bisher im erwarteten Maß ausgeblieben. Aufgrund der vorliegenden vorläufigen Zahlen für das erste Quartal 2025 wird zum Stichtag 01.04.2025 nunmehr von 8.100 BG für 2025 ausgegangen. Da es noch keine festgeschriebenen Daten gibt und verschiedene Entwicklungen wie z.B. die Auswirkungen der aktuellen Zollpolitik der USA zu steigenden BG führen können, ist die Prognose noch mit großen Unsicherheiten verbunden.

Im Rahmen der Haushaltsplanung für 2025 wurde bei den durchschnittlichen Kosten der Unterkunft (KdU) pro Monat und BG von 460,00 € netto ausgegangen.

Die sinkende Anzahl der Bedarfsgemeinschaften begründet daneben auch die Mindererträge der Kosten für Unterkunft und Heizung gegenüber dem Ansatz 2025. Gleichzeitig werden aber auch, in Relation zu den BG, höhere KdU pro BG und Monat i. H. v. 465,00 € im Jahresdurchschnitt erwartet. Grund dafür ist ein im Vergleich zum Vorjahr etwas abgeschwächter Anstieg der Mietpreise. Da bisher erst wenige Ergebnisse vorliegen, kann eine Veränderung der Prognose im Jahresverlauf nicht ausgeschlossen werden.

Die Steigerung der Kosten im Bereich der Bildung und Teilhabe bilden sich v.a. in der Lernförderung, der Mittagsverpflegung sowie Klassenfahrten und Teilhabe ab. Gründe dafür sind eine verhältnismäßig steigende Anzahl von Kindern im Leistungsbezug und eine gesteigerte Inanspruchnahme von Bildung- und Teilhabeleistungen. Gleichzeitig kommen die allgemeinen Preissteigerungen hinzu.

Weitere Veränderungen im Laufe des Jahres können auch hier nicht ausgeschlossen werden.

Das Gesamtergebnis setzt sich des Weiteren im Wesentlichen aus den folgenden Veränderungen zusammen:

- Aufgrund der Meldung der Unterhaltsstelle werden Mehrerträge i. H. v. 240 T € erwartet. Die Mehrerträge beruhen auf den IST-Zahlen des ersten Quartals 2025.
- Im Vergleich zum Ansatz 2025 sinken die Erträge der Verwaltungskostenerstattung um rd. 117 T €. Dadurch verringert sich der Umschichtungsbetrag aus dem Eingliederungstitel (EGT). Ein erhöhter Ertrag im EGT steht ein Mehraufwand in gleicher Höhe gegenüber.
- Bei den Transferaufwendungen und –erstattungen vom Bürgergeld werden saldiert Mindererträge i. H. v. rd. 128 T€ im Vergleich zum Haushaltsansatz 2025 erwartet. Bei den Transferaufwendungen und –erstattungen der Sozialversicherungsbeiträge ergibt sich ein Mehrertrag i. H. v. 92 T € ggü. dem Ansatz. Dies ist auf den ab 01.01.2025 erhöhten Beitragssatz zur Pflegeversicherung i. H. v. 3,6% zurückzuführen. Die Hochrechnung erfolgt anhand von Ist-Zahlen. Grundsätzlich stehen den Aufwendungen gleich hohe Erträge gegenüber, welche sich zum einen aus Erstattungen vonseiten des Bundes und zum anderen aus Ansprüchen gegenüber Dritten zusammensetzen. Es kann allerdings zu einer Verschiebung über das Kalenderjahr hinauskommen, sodass ein voller Ausgleich erst später erfolgt.
- Darüber hinaus ergeben sich weitere unterschiedliche Veränderungen, die in Summe eine Belastung des Produktes 050210 im Vergleich zum Ansatz 2025 i. H. v. rd. 87 T€ ausmachen.

Produkt 050220 Werkcampus

Das Produkt Werkcampus ist aufgrund der Finanzierungssystematik ergebnisneutral. Zum Finanzstatusbericht am 01.04.2025 wird rechnerisch eine Ergebnisverbesserung von rd. 10 T€ erwartet.

In der Position "Sonstige ordentliche Aufwendungen" wird ein Minderaufwand von rd. 10 T€ prognostiziert. Dieser resultiert im Wesentlichen aus geringeren Kosten für die Einführung der geplanten Jobbörse. Der ursprünglich geplante Start im April 2025 wurde auf Juli 2025 verschoben, was zu den geringen Kosten führt. Zudem

fallen die Versicherungsbeiträge in der Unfallversicherungskasse durch einen geringeren Hebesatz als geplant um 1 T€ günstiger als geplant aus.

Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU)

Wie bereits im Produkt 050210 „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ beschrieben, wird mit sinkenden Bedarfsgemeinschaften und somit sinkenden Erträgen bei den Kosten der Unterkunft im Vergleich zum Haushaltsansatz 2025 gerechnet. Dies wirkt sich auf den Erstattungsbetrag des Bundes (Produkt 160110 „Steuern, allgemeine Zuweisungen/ Umlagen“) aus. Der Erstattungsbetrag wird auf rd. 15.910 T€ prognostiziert. Dies ist eine Senkung von rd. 412 T€ zum Ansatz 2025.

Bereich der Kämmerei (Etatbelastung rd. 15 T€)

Mehrerträge i. H. v. 57,8 T€ werden in den Bereichen Wohnungsbauförderung und der Finanzbuchhaltung erwartet. Bei der Landschaftsverbandsumlage kommt es zudem zu einem Minderaufwand i. H. v. 8 T€.

Im Bereich der Zins- und Finanzerträge (80 T€) werden Mindererträge aufgrund des deutlichen Rückganges der Liquidität als auch durch weiter sinkende Zinssätze erwartet.

Glasfaserausbau – Amt 60 (Etatentlastung rd. 253 T€)

Im Produkt Glasfaserausbau wird ein Minderaufwand i. H. v. 253 T€ prognostiziert. Grund hierfür ist, dass die Auflösung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens aus der Investitionsnummer 19.66.008 i. H. v. 252.500 € (anteilig) voraussichtlich erst 2026 erfolgen kann. Infolge des Upgrades „hellgraue Flecken“ verschiebt sich voraussichtlich die Fertigstellung des Fördergebietes Nord.

Amt für Planung und Naturschutz – Amt 61 (Etatentlastung rd. 206 T€)

Im Produkt ÖPNV werden zum einen Mehrerträge i. H. v. 106 T€ aufgrund von Auflösung von Rückstellungen erzielt. Gleichzeitig werden Minderaufwendungen i. H. v. 100 T€ erwartet. Der Minderaufwand ergibt sich aus dem Eigenanteil des MobiTickets, welche voraussichtlich nicht benötigt werden.

Im Rahmen der Richtlinie Zuwendungen Deutschlandticket ÖPNV NRW 2025 hat der Kreis Warendorf Vorauszahlungen in Höhe von 4.878 T€ erhalten. Diese werden zum überwiegenden Teil an die Verkehrsunternehmen weitergeleitet.

D) Ermächtigungsübertragungen

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2024 wurden im Ergebnisplan Ermächtigungsübertragungen in Höhe von rd. 1,227 Mio. € gebildet. Aktuell wird mit einer Inanspruchnahme in voller Höhe gerechnet.

Zu beachten ist, dass auch im laufenden Haushalt Jahr Ermächtigungsübertragungen in das Haushalt Jahr 2026 erfolgen werden, sodass sich diese Veränderungen zumindest zum Teil kompensieren.

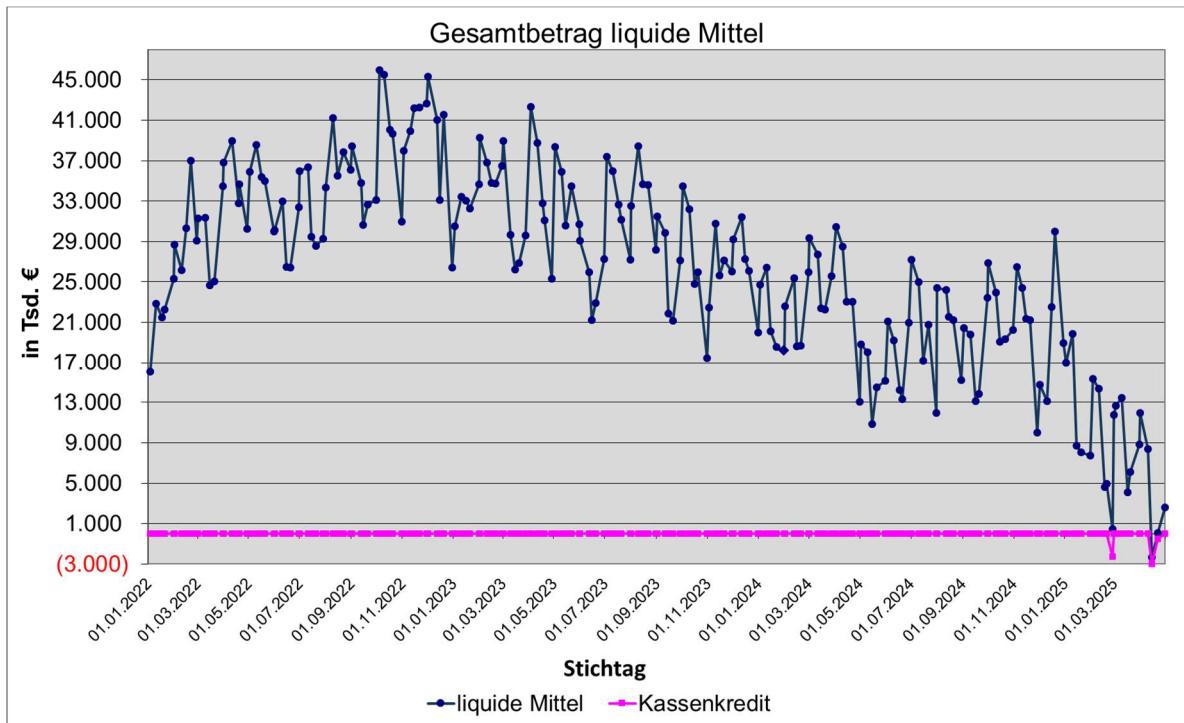
E) Vermögensanlagen des Kreises

Die nachfolgende Übersicht veranschaulicht, dass der Vermögenswert des angelegten Kapitalstocks des Kreises Warendorf für die zukünftig anstehenden Pensionszahlungen am 01.04.2025 rd. 57,9 Mio. € beträgt.

	kvw Versorgungs- fonds	DZ-Privatbank (früher DZ-Bank)	BW-Bank	Frankfurter Bank- gesellschaft	
Einzahlungen im Jahr:	in Höhe von Mio. €	in Höhe von Mio. €	in Höhe von Mio. €	in Höhe von Mio. €	
2011	3,5	5,0			
2012 - 2018	6,7	4,2			
2019	2,0		5,0		
2020	2,0	0,5	2,5		
2021	0,5	0,5	4,0		
2022					
2023				10,0	
2024		1,5		1,5	
Summe Einzahlungen (bis 31.12.2024)	14,7	11,7	11,5	11,5	49,4
Vermögensstand 31.12.2024	18,6	13,8	12,5	12,6	57,5
Vermögensstand 21.02.2025	19,0	14,2	12,7	12,9	58,8
Vermögensstand 11.03.2025	18,6	13,9	12,4	12,6	57,5
Vermögensstand 01.04.2025	18,8	14,0	12,5	12,6	57,9

F) Liquiditätslage des Kreises

Der Bestand an liquiden Mittel unterliegt unterjährigen Schwankungen. In den letzten Jahren hat sich die Liquidität dabei kontinuierlich reduziert, so dass aktuell wieder tagesweise Kassenkredite erforderlich geworden sind. Dieser Trend wird sich in 2025 weiter fortsetzen.



G) Bewertung des Zwischenberichtes

Bereits in diesem frühen Stadium der Haushaltsplanbewirtschaftung zeigen sich in diesem Jahr zum Berichtszeitpunkt sowohl Entlastungen als auch zusätzliche Belastungen.

Die aktuellen Rückmeldungen aus den budgetverantwortlichen Ämtern machen deutlich, dass die Haushaltsplanbewirtschaftung insgesamt Nahe an dem geplanten Jahresfehlbetrag der Haushaltsplanung verläuft.

So liegt der aktuell prognostizierte Jahresfehlbetrag bei **rd. -21,625 Mio. €**. Davon ist der Globale Minderaufwand i. H. v. 2 Mio. € einzusparen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann eine Einsparung in dieser Größenordnung noch nicht dargestellt werden und ist im weiteren Verlauf des Jahres im Rahmen einer sparsamen Haushaltbewirtschaftung zu realisieren.

Zu beachten ist, dass hauptsächlich die Budgets vom Sozialamt, Jugendamt sowie vom Jobcenter Einfluss auf die weitere Entwicklung im Haushaltsjahr 2025 haben werden.

Besonders im Hinblick auf die aktuelle Kriegssituation in der **Ukraine** und die damit verbundene Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden ist die weitere Entwicklung - vor allem im Sozialamt und im Jobcenter - schwer absehbar. Laut neuem Koalitionsvertrag ist es vorgesehen, dass alle geflüchteten Personen aus der Ukraine rückwirkend ab dem 01.04.2025 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten sollen. Alle bereits in Deutschland lebenden Ukrainer/innen sollen im Leistungsbezug des SGB II und des SGB XII verbleiben. Die diesbezüglichen Auswirkungen auf den Kreishaushalt bleiben abzuwarten.

Diese aktuelle Prognose kann auf Grundlage der Finanzdaten zum 01.04.2025 den Jahresabschluss und die damit verbundenen umfangreichen Abschlussarbeiten nicht vorwegnehmen.

H) Anlage: Gesamtergebnisplan

Pos.	Name	Ansatz 2025 in €	Prognose 2025 in €	Vergleich Prognose - Ansatz in €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	4.814.000	4.842.000	28.000
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	346.921.890	351.174.983	4.253.093
03	+ Sonstige Transfererträge	4.780.500	4.978.329	197.829
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32.844.481	33.022.981	178.500
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	926.312	916.052	-10.260
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	205.027.111	199.809.312	-5.217.799
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	21.049.331	21.204.908	155.577
08	+ Aktivierte Eigenleistung	65.000	65.000	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	616.428.625	616.013.564	-415.060
11	- Personalaufwendungen	102.067.699	102.002.651	-65.048
12	- Versorgungsaufwendungen	10.049.996	10.099.999	50.003
13	- Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	31.246.985	31.591.604	344.619
14	- Bilanzielle Abschreibungen	10.222.350	10.222.350	0
15	- Transferaufwendungen	467.490.064	466.801.224	-688.839
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.299.517	18.208.471	-91.046
17	= Ordentliche Aufwendungen	639.376.611	638.926.300	-450.311
18	= Ordentliches Ergebnis (Z. 10+17)	-22.947.986	-22.912.735	35.250
19	+ Finanzerträge	1.464.950	1.380.790	-84.160
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	94.000	93.770	-229
21	= Finanzergebnis (Z. 19+20)	1.370.950	1.287.020	-83.930
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Z. 18+21)	-21.577.036	-21.625.716	-48.679
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (Z. 23+24)	0	0	0
26	= Jahresergebnis (Z. 22+25)	-21.577.036	-21.625.716	-48.679
27	- Globaler Minderaufwand	-2.000.000	0	2.000.000
28	= Jahresergebnis (Z. 22+25)	-19.577.036	-21.625.716	-2.048.679